

weniger, als die Erhaltung der kapitalistischen Republik gegen jeden weiteren Vormarsch der Arbeiterklasse. Mit der Feststellung der Erhaltung der Staatsform versuchen die Sozialdemokraten, den Arbeitern die Köpfe zu verwahren. Man stellt den Staat als etwas über den Klassen Gegebenheiten hin und verwirrt das Proletariat, indem man es ablenkt von der notwendigen Aufgabe der Beseitigung des kapitalistischen Staates. Der Staatsapparat ist das Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse, also ein Werkzeug heute in Deutschland des Bürgertums. Daran ändert auch nichts die auch sehr oft wiederholte Betonung des Volksstaates. Lenin hat den Arbeitern die Rolle des Staates deutlich aufgezeigt. Doch wir wollen, um das Geschrei der Sozialdemokraten vor den Volkswirren zu vermeiden, nicht Lenin, den genialen verstorbenen Führer der Sowjetunion, zitieren, sondern die beiden Altkämpfer Marx und Engels sprechen lassen. Angesichts der Diskussion über das Gothaer Programm von 1875, welches folgende: „Von diesen Grundfragen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat...“ schrieb Karl Marx:

„Freier Staat — was ist das? Es ist keineswegs Jemand der Arbeiter, die den beschränkten Unteranenverstand losgerissen dem Staat frei zu machen. Im Deutschen Reich ist der Staat fast so frei wie in Rußland.“ Die Freiheit besteht darin, den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln, und auch heute sind die Staatsformen freier oder unfreier im Maß, worin sie die Freiheit des „Staats“ beschränken.

Die deutsche Arbeiterpartei — wenigstens wenn sie das Programm zu dem ihrigen macht — zeigt, wie ihr die sozialistischen Ideen nicht einmal theoretisch sitzen; indem sie, statt die bestehende Gesellschaft (und das gilt von jeder künftigen) als Grundlage des bestehenden Staates (oder künftigen für künftige Gesellschaft) zu behandeln, den Staat vielmehr als ein selbständiges Wesen behandelt, das seine eigenen geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen besitzt.

Und nun hat der wüste Mißbrauch, den das Programm mit den Worten „heutiger Staat“, „heutige Gesellschaft“ treibt, und den noch wüsteren Mißbrauch, den es über dem Staat anrichtet, an den es keine Forderungen richtet.

Die „heutige Gesellschaft“ ist die kapitalistische Gesellschaft, die in allen Kulturländern existiert, mehr oder weniger frei von mittelalterlichem Feilich, mehr oder weniger durch die besondere geschichtliche Entwicklung jedes Landes modifiziert, mehr oder weniger entwickelt. Dagegen der „heutige Staat“ wechelt mit der Landesgrenze. Er ist ein anderer im preussisch-deutschen Reich wie in der Schweiz, ein anderer in England als in den Vereinigten Staaten. „Der heutige Staat“ ist also eine Fiktion.

Jedoch haben die verschiedenen Staaten der verschiedenen Kulturländer trotz ihrer bunten Formverschiedenheit alle das gemein, daß sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft stehen, nur einer mehr oder minder kapitalistisch entwickelt. Sie haben daher auch gewisse wesentliche Charaktere gemein. In diesem Sinne kann man vom „heutigen“ Staat sprechen, im Gegensatz zur Zukunft, worin seine heutige Wurzel, die bürgerliche Gesellschaft abgestorben ist.

Es fragt sich dann: welche Umwälzung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft bleiben? In anderen Worten, welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die heutigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammenziehung des Wortes „Staat“ mit dem Wort „Staat“ auch nicht einen Hahsprung näher.

Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft ist eine Periode der revolutionären Umwälzung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.

Marx zeigt hier mit aller Klarheit, daß der Staat kein „Ding an sich“, sondern daß er in den materiellen Verhältnissen wurzelt. Daben wir also eine bürgerliche Gesellschaft, so auch einen Staat, der Apparat dieser Gesellschaft ist. Friedrich Engels, der an Bebel im März 1875 zum Gothaer Programm schrieb, erklärte:

„Man sollte das Gerede vom Staat fallen lassen, besonders seit der Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war. Der „Volkstaat“ ist uns von den Anarchisten bis zum Ueberdruß in die Zähne geworfen worden, obwohl schon die Schrift Marx gegen Proudhon und nachher das kommunistische Manifest direkt lagen, daß mit Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Staat sich von selbst auflöst und verschwindet. Da nun der Staat doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampfe, in der Revolution bedient, um den Gegner gewaltsam niederzuschlagen, so ist es purer Unsinn, vom freien Volksstaat zu sprechen: solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von der Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen.“

Die Rechte und Konjorten aber wollen nicht die Benutzung des Staates zur Niederhaltung der Gegner des Proletariats, obgleich sie umgekehrt nichts dagegen haben, wenn der Staat zur Niederhaltung des Proletariats genutzt wird. Die Sozialdemokraten richten mit dem Staatsgedanken jenen wüsten Mißbrauch an, der die sozialdemokratischen Arbeiter noch ins Reichsbanner gehen läßt, der den politischen Kampf vom wirtschaftlichen trennt. Aber sie wollen nicht die Diktatur der Arbeiter. Sie lehnen diese einzige notwendige Form zum Uebergang in die sozialistische Gesellschaftsordnung ab.

Was aber tun die „Linken“ — haben sie eine andere Plattform? Nein, Lipinski wußte nichts anderes zu tun, als schnell zu erklären, daß sie auch den Staat erhalten haben, und zwar mit einer sozialdemokratischen Regierung. Daß die Frage der Staatsbejahung oder Verneinung bei diesem Streit ausschlagend. Also in dieser Grundfrage sind sich die „Linken“ mit den Rechten einig. Was dann noch übrigbleibt, war Gegenstand. Linke wie Rechte wollen nicht die Diktatur des Proletariats.

So haben die „Linken“ denn jetzt schon zwei Niederlagen erlitten. Sie wurden von der Mehrheit verhöhnt und ihre Anträge abgelehnt. Sie mußten erklären, daß sie keine politische Plattform für ihr Vorgehen aufweisen. Diese Haltung der „Linken“, wie andererseits die Haltung der Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei dürfte nun doch wohl einer großen Zahl Arbeiter die Augen öffnen und ihnen zeigen, daß ihr Weg nicht in der SPD., sondern bei den Kommunisten ist. In diesen Fragen schaffen sie die gemeinsame Plattform mit den Rechten.

*) Dem Rußland des Zarenismus.

Ein Sturmangriff auf die Rechte der Mieter

Drohende Vergewässerung der Wohnungsnot

In Dresden fanden sich diese Woche die Fachleute des kapitalistischen Wohnungswesens ein. Die Vereinigung deutscher Wohnungsämter hielt am Montag eine Tagung im Ausschaltungspalast ab, die das Interesse sämtlicher Mieter, insbesondere der Wohnunglosen, erfordert. Reichsregierung und Staatsregierung, Justiz- und Arbeitsministerium, sowie ein bayerisches Ministerium für „soziale“ Angelegenheiten waren vertreten. Der Direktor des Dresdner Wohnungsamtes, Dr. Lepser, hielt das erste Referat über das

Wohnungswesen der Stadt Dresden.

Seine Ausführungen verdienten eigentlich wörtlich veröffentlicht zu werden. Rander Wohnunglose hätte dann die Hände über den Kopf geschlagen. Nach einem Rückblick in die Vortragszeit, in der es 1904 7,34 v. H. leerstehende Wohnungen gab, während der Durchschnitt 3 Prozent betrug, kam Redner auf die Zwangswirtschaft zu sprechen. Er verriet, weshalb die Stadt Dresden so „sozial“ ist und das Berechtigungsverfahren, das ein Mittel zur Förderung der Zwangswirtschaft ist, nicht einführt, und sagt wörtlich: „Es werden aber in weitem Umfange die Vorschläge der Mietparteien (lies: Hausbesitzer! D. Red.) berücksichtigt, so daß praktisch fast daselbe erreicht werde, wie beim Berechtigungsverfahren.“ — So sei die Zahl der notwendigen Zwangsmietverträge in Dresden immer mehr zurückgegangen, zurzeit nur noch monatlich 3-4 gegen 24 im Jahre 1922. Dabei warnte er vor „überstürztem“ Abbau der Zwangsbestimmungen. — Ohne daß dem Herrn Direktor oder dem mittelwählenden Bürgermeister und Wohnungsbezermenten Klage die eigene Schuld bewußt wurde, stellte Redner fest, nach der diesjährigen Wohnungszählung sind auf Grund vorläufiger Teilergebnisse

17 600 Haushaltungen leihgeheiß, die keine selbständigen Wohnungen haben.

1900 wählten nach keinen Angaben 1700 Familien zur Untermiete, denen stehen heute 16 000 Familien mehr gegenüber. Die Lage spize sich immer mehr zu und werde unhaltbar. Er forderte zur Lösung der Frage Erhöhung des für Wohnungsbau bestimmten Teiles der Mietzinssteuer von 10 auf 20 v. H. der Friedensmiete! 1924 seien 1150, 1925 voraussichtlich 1300 neue Wohnungen erbaut worden, und die Neubauten seit 1919 fallen zu zwei Dritteln auf gemeinnützige Bauvereinigungen, zu ein Drittel auf Privatbauten und nur zu geringem Teil auf Regiebau der Stadt! Das Referat Dr. Lepfers bewies deutlich, daß die Stadt Dresden dem Wohnungsbau labotiert.

Der Stadtbauinspektor Dr. G. u. L. Winden sprach über die Abänderungen des Reichsmietengesetzes, die die Reichsregierung beabsichtigt. Der Gesetzentwurf, der dem Reichsrat vorliegt, zeige die Tendenz des

Abbaus der Wohnungszwangswirtschaft auch auf dem Gebiete des Mieterschutzes.

In Zukunft soll der Wertmäßige bereits bei monatlichem Rückstand der Miete an die Luft gehen werden können! Der

guthaberische Stadtbauinspektor sprach sich aus Billigkeitssicht, Klagen dafür aus. Aber er forderte auch mit der Regierung Luther, daß die Wohnungstürme bei „mietwidrigem“ Verhalten ohne Erlaßraum wohnungslos gemacht werden können. Nach der Aufhebung des Mieterschutzes für Untermieter hand er entgegen. Er sagte wörtlich: „Infolgedessen werden viele Familien und Ehepaare, die heute in Untermietwohnungen untergebracht sind, obdachlos werden, falls die Vorschläge Gelingen sollten, zumal nicht damit gerechnet werden kann, daß die Wohnungsämter für so viele wohnungslose Parteien Wohnungen vermitteln können.“ Redner sah gewiß die Gefahren, die dadurch für den bürgerlichen Staat heraufbeschworen werden, indem man allein in Dresden mindestens 17 600 Personen in Kampfstellung zum Staate bringt. Der Oberregierungsrat Hoppe vom Justiz-, Arbeits- und Wohlfahrtsministerium sah die einzige Lösung in der Ersetzung der Mietzinssteuer durch eine reine Bodenwertsteuer. Die sozial klingende Umwandlung geht von dem Interesse der Kapitalisten aus, die Arbeiter aus dem Innern der Stadt zu verdrängen, um den revolutionären Befreiungskampf der Arbeiter zu hemmen. Nach der Lösung: die Stadt der Bourgeoisie! Einstimmig sagte diese Tagung folgende Entschliessung, die sich vollkommen — trotz der erhobenen Wünsche — auf dem Boden des Kampfes der Luther-Regierung gegen die Mieter bewegte.

„Die Vereinigung deutscher Wohnungsämter schließt sich in Bezug auf die Beurteilung des neuen Entwurfes zum Reichsmietengesetzes der Stellungnahme des Deutschen Städtebundes in allen wesentlichen Punkten an. Der Gesetzentwurf enthält neben Bestimmungen, die ohne weiteres gutgeheißen werden können, auch solche, die auf die unermindert schwierige Lage des Wohnungsmarktes und damit auf die Interessen der Leihmietlinge und weiter Kreise der Bevölkerung nicht genügend Rücksicht nehmen. Dieses gilt besonders für die Bestimmungen über die beabsichtigte zukünftige Gestaltung des Mieterschutzes bei Untermietverhältnissen. Sollten diese ohne Mitwirkung Gelingen, so muß schon heute darauf hingewiesen werden, daß Ehepaare und Familien, die in Untermietwohnungen eine Unterkunft gefunden haben, in sehr großer Zahl mit Obdachloswerden rechnen müssen, ohne daß die Wohnungsämter in der Lage sein werden, sie unterzubringen.“

Nach der Abtimmung ergriff, befreit über diese Tagung der Vertreter der Reichsregierung das Wort und erklärte zum Lohn der Mieter und Wohnunglosen, daß die Reichsregierung durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft nur „die Mieterrechte vor ernstlichen Schwierigkeiten“ bewahren wolle.

Diese Tagung zeigte wiederum die ungeheuren Gefahren, die von Seiten der Luther-Regierung den Wertmäßigen drohen. Was gebeten nun die Mietervereine Ernstliches dagegen zu unternehmen? Wo bleibt die Eröffnung des Kampfes gegen die Hausagrarier-Regierung Luther durch den Allgemeinen Mieterbewohnerverein? Die Mieter müssen von ihren Organisationen parlamentarisch und außerparlamentarisch energische Kampfmaßnahmen fordern.

an die russische hin. Alle Macht und allen Einfluß, über den die englische Arbeiterpartei verfügt, sollte sie zu einer energiegelichen Bekämpfung des Kapitalismus benutzen, besonders wenn dieser liegt gegen die Sowjets wenden sollte. Wenn wir es erleben sollte Kallinin, daß die Tätigkeit der russischen und englischen Arbeiterklasse vollst. konsolidiert ist, dann wird es in der Welt keine Gegenrevolution mehr geben. Kallinin forderte die englischen Delegierten auf, sich mit dem Sowjetismus möglichst vertraut zu machen und fügte dabei hinzu, dieses System sei natürlich nicht für die Ewigkeit gemacht, sobald man aber Anzeichen des Ueberlebels bemerken würde, würde man nicht davor zurückzucken, es durch ein besseres zu ersetzen.

45 000 indische Baumwollarbeiter im Streik

London, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Der lange befürchtete Streik in den Baumwollspinnereien Bombays ist überraschend schnell zum Ausbruch gekommen. In einer Spinnerei legten die Arbeiter und Angestellten in der Mittagszeit die Arbeit nieder und kehrten nicht wieder an ihre Arbeit zurück. Innerhalb einer einzigen Stunde waren 12 Spinnereien in Mitleidenschaft gezogen, 30 000 Arbeiter streikten, um gegen die Herabsetzung der Löhne zu protestieren. Starke Polizeieinheiten wurden sofort zusammengezogen. Jede Annäherung ist verboten und Patrouillen ziehen durch die Straßen der Industrieviertel. Der Streik ist in händiger Wäskien begriffen. Während der letzten Tage sind weitere 15 000 Arbeiter in den Streik getreten, so daß die Zahl jetzt rund 45 000 beträgt.

Abd el Krim köhrt vor

Die Höhen von Sibane von den Kabysen zurückerobert. Immer dumpfer werden die Klänge der spanisch-französischen Siegesfanfaren. Die neuesten Meldungen belegen, daß die Lage der gelandeten Spanier sehr ernst ist. Die Franzosen beschließen, zu deren Rettung eine Entlastungsoperation vorzunehmen. Es steht fest, daß die französisch-spanischen Operationen zum Stillstand gebracht worden sind und daß die Lage der Spanier katastrophal ist.

Es bringt allmählich die Wahrheit über den „Sieg bei Alhucemas“ durch. Danach ist der Offensivvorstoß der Spanier mißlungen. Der Einbruch der Truppen ist außerst ungünstig verlaufen, die Versorgungsituation ist geradezu katastrophal. Besonders wichtig ist, daß die Batterien der Rifbatterien plötzlich wieder zu arbeiten anfangen, nachdem sie angeblich von den französisch-spanischen Flotte „nützlich zum Schwimmen gebracht wurden“, wie die Unterdrückerpresse ausposaunte.

Die Rifbatterien belagern nachts das spanische Lager von den Bergen, die das Vorgebirge beherrschen, aus, gegenüber schweigen sie. Bis jetzt ist es den Spanieren nicht gelungen, ihre Stellung genau festzustellen.

In Spanien selbst steigt die Unzufriedenheit mit dem ungeheuer kostspieligen Maroffeldzug. Außerdem wird mit großer Befürchtung der Plan eines Winterfeldzuges beim jetzigen Stand der Operationen erwogen.

Von der französischen Front wird ein Erfolg Abd el Krim gemeldet, der nach heftigem Kampfe und verzweifelter Gegenwehr der Franzosen die Höhen von Sibane wieder erobert hat, nachdem sie vorige Woche beim Vormarsch von den Kabysen geräumt worden waren. Die Franzosen bereiten sich auf heftige Kämpfe zur Wiedereroberung vor. Die Eingeborenen in der französischen Etappe beginnen deutlich die Sympathie für den Freiheitskampf Abd el Krim zu zeigen. Gerüchte über Unruhen hinter der Front wehren sich.

Heidelberg

3. Tag

Die Linken „schmutzige“ Demagogie. — Alle Anträge der „Linken“ gegen den Parteivorstand abgelehnt.

Im weiteren Verlauf erhält Scheidemann das Wort. Um Stimmung zu machen, greift er (gerade erst) schon die jenseitige Reichswirtschaft und die deutsche „Rechtspflege“ an. Dann folgt eine Schimpftirade gegen die Linken. Der Parteitag dürfe sich überhaupt nicht mit taktischen Fragen beschäftigen, denn man wisse ja nicht, was morgen sein würde. (Das ist sozialdemokratische „politische Perspektive“!)

Heilmann (Berlin) geht ebenfalls in wüster Weise gegen die Opposition vor und schimpft besonders darüber, daß die jüdische SPD-Presse die Barmatschleber nicht genügend in Schutz genommen hat. Zum Schluß nennt er unter hartem Beifall des Parteitages

Die Opposition der Linken „schmutzige Demagogie“

In der Nachmittags Sitzung verteidigt Heilmann Müller das Reichsbanner gegen die SPD-Arbeiter, die nicht erkannt hätten, daß das Zusammengehen mit den Bankhändlern und den Zentrums-Jollmüschern „historische Notwendigkeit“ sei.

Hierauf wird die Debatte durch Schlußantrag abgewürgt. Die Abstimmungen ergeben wieder eine völlige Niederlage der Linken. Die Anträge auf

Abkehr von jeder Bündnispolitik mit den Parteien der bürgerlichen Koalition, Einleitung des Volksentscheids über Autonomie und die Zollvorlage und diejenigen, die die Mißbilligung der Haltung der Parteileitung bei der Reichspräsidentenwahl ausdrücken, werden gegen die kleine Gruppe Linker abgelehnt.

Der Antrag Franzfurt, der eine Aenderung der Zusammenziehung des Parteivorstandes verlangt,

wird unter schallendem Gelächter gegen ganz wenige Stimmen (der größte Teil der Opposition stimmt nicht dafür, erklärt sich also für den Parteivorstand!) abgelehnt.

Es folgt der Bericht der Reichstagsfraktion, den der Abgeordnete Keil erstattet. Er betont, daß die SPD. zur Regierung in sozialer Opposition stehe und nicht daran denke, diese kürzer anzugreifen.

Es folgt die Aussprache.

Einberufung des außenpolitischen Ausschusses

Berlin, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Der auswärtige Ausschuh des Reichstages ist für den 23. September vormittags 10 Uhr einberufen worden. Er wird sich mit der außenpolitischen Lage, insbesondere mit dem Sicherheitspakt beschäftigen. Es steht zu erwarten, daß die Reichsregierung über das Ergebnis der für den nächsten Montag einberufenen Kabinettsitzung berichten wird.

Empfang der Delegation der englischen Arbeiterpartei durch das ZSR. der Sowjet-Union

Moskau, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Delegation der englischen Arbeiterpartei, die jetzt in Rußland weilte und bereits Traktat einen längeren Besuch abgestattet hat, wurde auch in einer Sitzung des Zentral-Exekutivkomitees des Sowjet-Bundes feierlich empfangen. Kallinin unterbrach beim Eintreten der englischen Delegierten die Sitzung und richtete eine sehr herzlich gehaltene Begrüßungsansprache an sie, auf welche einer der Delegierten antwortete. Kallinin nahm darauf noch einmal das Wort und wies in einer längeren Rede auf die Notwendigkeit einer Annäherung der englischen Arbeiterklasse

Rüftet zum Roten Tag in Birna am 19. und 20. September



Bucher?

Das Dresdner Tiefbauamt kauft zur Befestigung der Straßen größere Kisten Pflastersteine. Wie wir nun so zufällig aus dem Rathaus erfahren, spielen sich dabei allerhand schöne Dinge ab, die sicherlich jedem Arbeiter unerklärlich sind.

Die Preise für Granit-Kleinsteine 1. Klasse betragen im Herbst 1924 300—315 M. für 10 Tonnen, 2. Klasse 230—300 M. für 10 Tonnen. Im Februar 1925 stiegen die Preise 1. Klasse bereits auf 380—385 M. für 10 Tonnen. Und im August 1925 stellten sich heraus, daß der Preis gar 480—500 M. für 10 Tonnen betrug! Wie ist das möglich? Kann so etwas normalerweise stattfinden, oder liegt hier nicht die Vermutung sehr nahe, daß hier alle Angebote an die Stadt nach eingehender Besprechung aller Interessenten erfolglos sind und daß so derartig unerschämte Preise herausbeschrieben werden konnten?

Dieses Zahlen gegenüber steht nun die Tatsache, daß im August, als die Pflastersteine im Preise ungeheuerlich gestiegen waren, die Angebote der Unternehmer sich gegenseitig unterboten. Das Tiefbauamt forderte Angebote von Pflastersteinen ein und siehe da, im August bot die Firma Kunath u. G. und die Firma Sparmann u. Co. den Quadratmeter zu 19,48 Mark an. Diese Angebote änderten sich jedoch nochmals, und zwar bot Kunath den Quadratmeter mit 18,48 M. an und auch Sparmann brachte ein weiteres Angebot. Wiederrum kam Kunath mit einem neuen Angebot von 18,25 M. pro Quadratmeter. Wie sich das weitere Unterbieten fortsetzte, interessiert uns weniger. Aber dennoch entsteht für die Öffentlichkeit die Frage:

Wie ist so etwas möglich?

Uns und die Arbeiterschaft interessiert besonders die Tatsache, daß sich die Firmen im August 1925 gegenseitig unterboten konnten, während vom Herbst 1924 bis August 1925 eine unerschämte Preissteigerung eintrat. Solche Käufel entstehen nur in der geeigneten Privatwirtschaft, wo der Käufer ungestraft Blüten treiben darf, die geradezu grotesk sind.

Steinarbeiter! Sind eure Löhne gleich den Bucherpreisen gestiegen?

Öffentliche Stadtverordnetenversammlung. In der heute abend um 7 Uhr stattfindenden Sitzung werden u. a. folgende Tagesordnungsgegenstände erledigt: Antrag Schwanke gegen den reaktionären Reichswehrminister Entwurf der Reichsregierung. — Antrag Scholz l. gegen enge Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen für Erwerbslose und Vereinstellung des Reiches. — Vorschlagswesen für Erweiterung der Straßenreinigung und Neueinstellungen. — Antrag Schwanke, den Arbeitgebern unter Androhung von Strafen zu verbieten, Einkünften von Gehältern vom Religionsbekenntnis abhängig zu machen. — Antrag Böhm, 1. die Bezüge der Sozialrentner, Arbeitslosen und deren Hinterbliebenen zu 50 Prozent auf die Besoldung der Beamten zu erhöhen; 2. die Besoldung der Beamten zu erhöhen; 3. die Besoldung der Beamten zu erhöhen; 4. die Besoldung der Beamten zu erhöhen. — Antrag Böhm, 1. die Besoldung der Beamten zu erhöhen; 2. die Besoldung der Beamten zu erhöhen; 3. die Besoldung der Beamten zu erhöhen; 4. die Besoldung der Beamten zu erhöhen. — Antrag Böhm, 1. die Besoldung der Beamten zu erhöhen; 2. die Besoldung der Beamten zu erhöhen; 3. die Besoldung der Beamten zu erhöhen; 4. die Besoldung der Beamten zu erhöhen.

Beschlüsse des Gemeinrates vom 15. September 1925. 1. Der Rat genehmigt das Orisepiel über die Rechtsverhältnisse der städtischen Beamten. — 2. Der Rat genehmigt einen 47. Nachtrag zur Gemeindefeuerordnung, der folgende, durch die neue Reichsfeuerordnung vorgeschriebene Änderungen enthält: Die Getränkesteuer wird für Mineralwässer und künstlich bereitete Getränke nicht mehr erhoben, soweit die Steuerpflicht nach dem 30. September 1925 eintritt. Die Vorschriften über die städtische Feuerbergnutzsteuer, die in Dresden schon seit 1. Juni 1924 nicht mehr erhoben worden ist, werden jetzt ebenfalls aufgehoben. Die Zuwachssteuer, die bisher für alle diejenigen Fälle in Frage kam, in denen das fest zur Veräußerung kommende Grundstück seit 1. Januar 1920 erworben worden war, muß künftig auch bei denjenigen Grundstücken erhoben werden, die im Kalenderjahr 1919 erworben worden sind und jetzt verkauft werden. — 3. Ein Vertrag mit dem Gemeinrat zu Wohlhab über die Beschulung der Kinder dieser Gemeinde durch die Stadtgemeinde Dresden findet Genehmigung. — 4. Am Stadteinfriedhof Dresden werden die neuen Straßen O. XII und XII Hans-Thoma-Straße, Trübnerstraße und Weißstraße benannt. Die Veräußerung der Friedhöfe im Stadteinfriedhof soll den gleichen Namen erhalten. — Zu 1 bis 3 bedarf es noch der Beschlußfassung der Stadtverordneten. — Außerdem wurden noch 14 Punkte erledigt, die des Rats der Öffentlichkeit liegen.

Kinder der Dresdner Kinder. Die in Württemberg untergebrachten Kinder treffen heute Donnerstag den 17. September 1925, abends 11,50 Uhr auf dem Hauptbahnhof ein. Die Eltern der Kinder werden erlucht, diese zur angegebenen Zeit auf dem Hauptbahnhof abzuholen.

Keulneton

Worte, die man sich merken soll

Stenographische Auszüge aus den Reden der 2. Internationals.

Blum: Man kann den Vorstoß Buzons nicht annehmen, jeder einzelnen Nation die Freiheit der Entscheidung zu überlassen. Sehen Sie sich die Kommunistische Internationale an. Evident, wir haben auf dem Standpunkt, daß wir alle Fragen beantworten, als ob es keine Kommunisten gäbe. Was wir im übrigen gegen die Taktik und Politik der Kommunisten einzuwenden haben, und wenn wir auch diese mehr oder weniger humanistische Disziplin nicht gutheißen und mitmachen wollen, so haben wir doch festzustellen, daß es zu einem sehr großen Teil die Stärke dieser Bewegung ausmacht, daß sie ihrerseits international einmütig ist und positive Entschlüsse zu fassen in der Lage ist.

Wenn einmal die Internationale ein Rotbuch herausgeben würde, dann würde es sich herausstellen, daß unsere Entschlüsse von allem Anfang an zur Basis dienen konnten, auch der offiziellen Verträge, eine Befriedigung Europas herbeizuführen.

Wenn eine wirkliche Befriedigung des Friedens gegen eine andere Nation vorliegt, darf es keine Schwierigkeiten geben für die Verteidigung der Angegriffenen und für die Unterstützung, die diesem Angegriffenen von der Gesamtheit der Mitglieder des Völkerbundes zuzuführen.

Die Aufgabe der SPD ist es, dafür zu sorgen, daß die deutsche Regierung sich nicht auf den Standpunkt stellt, Rechts-

Vom Pferdegespann zum Phäno- und Elektromobil

Ein bedeutender Fortschritt im Volkswesen Dresdens

Für gestern vormittag hatte die Oberpostdirektion Vertreter der städtischen Kollegien und einen auserwählten Teil der Presse zu einer Besichtigung des Postamtes 7, Kellstraße, geladen. Die kommunistische Presse war nicht geladen — ob mit Absicht, das wird sich wohl bei der Beantwortung unserer Beschwerde an die Oberpostdirektion herausstellen. Durch die kommunistischen Vertreter in den städtischen Kollegien sind wir in der Lage, unseren Lesern über die technischen Fortschritte Mitteilung zu machen.

Dem Arbeiter, der vom frühen Morgen bis zum späten Abend in der Fabrik schuften muß, ist es gewiß noch nicht besonders aufgefallen, daß die vierbeinigen Hoppels aus der „alten alten Zeit“ im Postbetrieb vom Straßenpflaster verdrängt wurden und daß an ihre Stelle der Motor sich Bahn gebrochen hat. Erst der Besuch des Postamtes 7 gibt uns näheren Aufschluß über die moderne technische Einrichtung des Postfuhrwesens.

Die Besichtigung begann mit einleitenden Worten des Präsidenten der Oberpostdirektion, Herrn Weigel, der besonders auf die neuerbauten gelben Standbrieffästen aufmerksam machte, die auf Plätzen aufgestellt, dreizehnmal täglich geleert werden. Er bemängelte, daß diese Neueinrichtung noch nicht genügend benützt würde und belegte das mit Zahlen, indem er zirkte

900 000 Briefsendungen täglich

bisher nur etwa 20—30 000 durch die gelben Standbrieffästen verhandelt würden. Diese Kästen stehen einzig da in ganz Deutschland.

Der Oberpostdirektor Reichel gab einen kleinen historischen Ueberblick von der Postkutsche zum Kraftwagenbetrieb. Dabei war interessant, daß die Dresdner Postkutscherei bisher 52 Jahre in den Händen einer Privatfirma namens Hofmann war. Während dieser Zeit steigerte sich die Zahl der Pferde dieser Firma von 30 im Jahre 1873 auf 200 zu Kriegsbeginn. Nunmehr hat der Pferdebetrieb dem Kraftwagenverkehr weichen müssen. Anstelle der bisherigen 55 Einzelbesirke mit Pferdebetrieb sind nunmehr 41 Einzelbesirke mit Kraftbetrieb in Dresden eingeführt. Die

Stadtpostbeförderungen

namentlich für die ankommenden und abgehenden Pakete werden bereits so gut wie vollständig durch Kraftwagen besorgt, also außer der Zustellung auch die Beförderung der hier eingelieferten Pakete von den Stadtpostämtern zum Paketpostamt am Abteilmahnhof (Kellstraße) und die Ueberbringung der dort eingegangenen, sogenannten Abholungspostämter.

Nach den allgemeinen Erläuterungen erfolgte die Besichtigung, zunächst vor dem

Standort der Kraftwagen.

Es zogen gerade die Wagen zur Postbestellung zum Tore hinaus. Die Besichtigungsteilnehmer glaubten, in einer Margarinefabrik zu sein, als sie die vielen, mit Margarine-Reflexe versehenen Wagen sahen. Erst der Führer der Besichtigung gab darüber Aufschluß, daß diese Wagen der Post gehörten. Bei scharfem Hinsehen konnte man auch so etwas wie „Reichspost“ lesen. Zirkte zehn Wagen fuhren auch ohne diese Reflexe stolz dahin. Zwischen durch schienen noch einige wenige schmutzige Postkutschen, von Pferden gezogen, vorbei.

Der Postinspektor Kolt zeigte einige neue Wagentypen und erklärte die Neueinführungen. Nach seinen Ausführungen besteht der

Kraftwagenpark für Paketbeförderung

aus 41 elektrischen Zweitouren, 14 Phänomobilen und 3 Kraftwägen mit Verbrennungsmaschine. Besonders die Elektromobile zeigten einen sehr ruhigen Gang. Infolge dieser gewaltigen Umstellung war eine weitreichende bauliche Betriebsänderung nötig. So mußte zur Speisung

der elektrischen Batterien eine großzügige 603... Ladestelle

geschaffen werden. Die Batterien der Wagen sind mit 40 Zellen, also mit 80 Volt Spannung gebaut. Die Ladestromstärke jeder Batterie beträgt 60 Ampere, der Betrieb erfordert täglich eine Ladung bis zu 40 Batterien. Bei einer gleichzeitigen Ladung sämtlicher Batterien im Parallelbetrieb erfordern die 40 Batterien etwa 2400 Ampere Ladestrom, nicht berechnet ist dabei die notwendige Kraftreserve. Die Anlage erhält

10 000 Volt städtischen Hochspannten Drehstrom.

Die Hochspannung wird über Wechselstrom neuester Art mit selbsttätigen elektrischen Sicherungen in Hochspannungs-Transformator geleitet von insgesamt 390 000 Volt-Ampere. Die Transformatoren erzeugen niederspannten Strom mit etlichen hundert Ampere Stromstärke. Dieser Strom wird nun durch zwei Einanderumformer zu je 160 Kilowatt Leistung in Gleichstrom von 85 bis 115 Volt Spannung und von 1620 Ampere Stromstärke für die Maschine umgeformt. Diese Umformer werden durch ein Schaltfeld bedient, das, mit allen neuzeitlichen Vorrichtungen ausgerüstet, bestens die jeberzeitige Ueberwachung des Standes des Maschinenlaufes bzw. des Standes der Ladung in den Ladestellen ermöglicht. Es sind nicht allzu große, aber 4 Tonnen schwere Maschinen, die mit 1000 Umdrehungen laufen. Der Gleichstrom wird auf außerordentlichen Sammelschienen in die Laderräume geführt und verteilt sich auf einzelne Ladestellen, die wiederum zweckentsprechende Ueberwachungsgeräte und Stufenwiderstände besitzen. Die Sammelschienen können bis auf 300 Ampere belastet werden. In sieben bis etwa acht Stunden kann so die Aufladung der gesamten Batterien erfolgen, außer der notwendigen Keileroe. Der Hochspannungsraum ist nur mit geschlossenen Zellen versehen, um zu verhindern, daß ähnliche Vorfälle wie voriges Jahr eintreten, indem eine Ratte einen Kurzschluss von furchtbaren Folgen erzeugte, dem auch einige Arbeiter zum Opfer fielen. — Neben dem Hochspannungsraum befindet sich der Maschinenraum, in dem sich auch die Quecksilberdampf-Gleichrichteranlage befindet, die zur Formierung instand geleiteter oder neu eingeflegter Zellen dient. Die Formierung selbst erfolgt in der Batteriewerkstatt. Für rasche Auswechslung der Batterien sind große Einfahrtstore geschaffen. Jeder Wagen ist mit eigener Hebevorrichtung versehen, durch die die Batterie zunächst angehoben und dann auf einem kleinen Holzkarren heruntergelassen wird. Die Batterie wandert dann in die Ladestelle und wird zur Ladung angeschlossen. —

Es stehen sich noch zahlreiche weitere technische Ausführungen machen. Wir haben die wichtigsten erwähnt und so unsern Lesern einen Ueberblick gegeben über den weitestgehenden technischen Fortschritt beim Dresdner Postfuhrwesen. Es entsteht nun nach all dem Gesehenen die nicht minder bedeutsame Frage:

Wird die Postdirektion sich bei der Bezahlung des Personals und bei Einführung sozialer Maßnahmen gleichfalls so großzügig und fortschrittlich zeigen, wie bei den technischen Neuerungen? Erwarten sollte man, daß den technischen Neuerungen eine soziale Besserstellung der Werttätigen folge. In Sowjetrußland ist es die logische Konsequenz.

Über in Deutschland?

Bei uns im kapitalistischen Staate schafft man überhaupt nur technische Neueinführungen auf Kosten der Arbeiter. Angestellten und kleinen Beamten. Die Werttätigen müssen sich dagegen zur Wehr setzen und auf Grund der technischen Neuerungen eine entsprechende Besserung ihrer sozialen Lage erkämpfen.

VOM TAGE

Erdrutsch in den Anden. Buenos Aires, 17. Sept. Auf der Transanden-Eisenbahn ereignete sich einige Minuten bevor der von Alenker Seite kommende Zug die Stelle passieren sollte, ein Erdrutsch. Der Verkehr auf der Strecke ist durch den Erdrutsch vollkommen unterbrochen.

Flugzeugunglück. Bremen, 17. Sept. Ein seit einigen Wochen hier stationiertes Wasserflugzeug landete am Dienstag abend bei der Landung zu hart auf. Dabei brachen die Schwimmer ab, das Flugzeug überlief und sank sofort in die Tiefe. Von den drei Passagieren sind die beiden Passagiere ertrunken, während der Pilot gerettet wurde.

Taufbesuch auf der Insel Poel. Wismar, 17. Sept. Auf der Insel Poel tritt Taubstummheit auf, und zwar besonders stark in Reußen und Kirchdorf. Seit Mitte Juli sind 16 Erkrankungen und 1 Todesfall vorgekommen. Die für die Bekämpfung der Seuche erforderlichen Maßnahmen sind getroffen worden.

Kampferfall in der Eisenbahn. Hamburg, 17. Sept. Auf der Strecke von Schwarzenfel nach Hamburg geleiste sich am

Dienstag in Bergedorf ein Reisender zu fünf jungen Männern aus Schwarzenfel und Umgebung. Er schloß sofort die Fenster des Abteils und stellte sich dann mit dem Rücken gegen die Tür, während er die Hände hinter sich hielt und unmerklich eine bedrohende Mißstimmung verstrahlte. Bald waren die fünf Reisenden eingeschüchelt. Bei dem Bahnhof Berliner Tor erwachte einer von ihnen und stellte fest, daß ihm seine Kofferstücke mit dem Gehele fehlte. Unter großer Mühe wurde er seine Freunde, die auch ihrer Verhaftung beraubt waren. Der Fremde war verschwunden, doch haben sie ihn auf dem Hauptbahnhof aus einem anderen Abteil springen. Es gelang, ihn zu ergreifen. Im Besitz des Räubers, der aus Berlin kam und in Bergedorf die Fahrt unterbrochen hatte, fand man die den Schwarzenfelern geraubte Tasche und ein Betäubungsmittel.

Über 100 Personen an Fleischvergiftung erkrankt. Barmer, 17. Sept. In Barmer sind seit Monaten 115 Personen aus 45 Familien an Fleischvergiftung erkrankt. Bisher ist kein Todesfall zu verzeichnen. Mehrere Erkrankte sind in Schweregefahr. Die amtliche Untersuchung hat ergeben, daß die Vergiftungen von einem nördlich-ländlichen Stück Vieh stammen.

Handen: Hifferding, zweifellos ein guter Deutscher, und ich — wagt es zu sagen — als guter Franzose. Und es stellt sich heraus, daß unsere Reden getragen sind von demselben Geist, von derselben inneren Ueberzeugung. Das rührt daher, daß wir beide Sozialisten sind, durchdrungen vom sozialistischen Geist.

Volksökonomie. Die 5. geologische Wanderung mit Dr. Johannes Eck durch das Tal der westlichen Bohra findet nicht am Sonntag, den 20., sondern erst am Sonntag, den 27. September, statt. Abfahrt 6.10 Uhr oder 6.17 Uhr Hauptbahnhof nach Gottscheub. Sonntagskarte Pirna, in Pirna einfache Fahrkarte bis Gottscheub. Rückfahrt: ab Pirna.

RUHRFUNK

Mitteldeutsche Sender Dresden und Leipzig Leipzig (Welle 654) — Dresden (Welle 292)

Freitag, den 18. September: Rundfunk für Unterhaltung und Belebung, 10.15 Uhr. Was die Zeitung bringt, 11.45 Uhr: Wetterbericht und Voraussage der Wetterverhältnisse Dresden, Ronneburg, Weimar, 12 Uhr: Mittagsschau auf dem Kantons der Firma Taf. Seine Zimmermann 12.45 Uhr: Pauerer Zeitzeichen, 1.15 Uhr: Wachen und Verkehrsbericht, 4.30—6 Uhr: Nachmittagskonzert der Kantonsbaukapelle, 6.30—7 Uhr: Referat aus den Neuesten Nachrichten auf dem Wächermarkt, 7—7.30 Uhr: Vortrag: Dr. Karl Thielheim: „Deutschland und Weltwirtschaft“ 7.30—8 Uhr: Vortrag: Dr. Hans Hoffmann: „Ueber die Wirtschaftswelt der Arbeiter.“ 8.15 Uhr: Sinfonietonart, Knöchelchen (Stimme 2.45 Uhr): Preisbericht und Sportnachrichten, sowie Bekanntgabe der großen Kontinente der städtischen Bauverwaltung.

vorteile zu erlangen, die den übrigen Mitgliedern des Völkerbundes nicht zustehen.

Wenn wir noch vor zwei Jahren auf dem Standpunkt standen, daß eine Revision der Friedensverträge unmöglich sei und daß sie für die Gerechtigkeit geschaffen worden seien, so hat sich doch inzwischen herausgestellt, daß einer dieser Verträge, der Vertrag von Sevres, durch den Vertrag von Lausanne geändert wurde.

Die Autokratie ist eine Kriegsgefahr in sich. Wir sehen, wie sich die Autokraten in Europa nach dem Kriege verhalten haben. Wir sehen heute australische Regierungen in Rußland, Italien und Spanien...

Ich will die Resolution, die auf dem Stattparter Kongreß gefaßt wurde, nicht erneuert sehen, was die Internationale unmittelbar vor oder nach dem Ausbruch des Krieges tun soll. Sie mag revolutionäre Maßnahmen ergreifen, aber solche revolutionäre Maßnahmen legalisiert man nicht durch vorausgehende Kongreßbeschlüsse.

Wir verlangen nicht vom Völkerbund, daß er eine sozialistische Organisation werde, das kann er nicht sein. Wir verlangen doch, daß er dem sozialistischen Geist erfüllt wird, der unsere außenpolitische Stellungnahme erfüllt.

Er kann kein vollkommenes Werkzeug des Sozialismus sein, weil er sich nicht herauswagt und nicht herauswagen kann an den Kapitalismus.

Dies sehen wir Vertreter zweier Nationen, die nach nur wenigen Jahren im künftigen Vernichtungskampf gegen einander-

Die Ortsgruppe Leiden für den Offenen Brief der Exekutive

Am 14. September sprach der Genosse M. Schneider in der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Leiden über die politische Lage und den Brief der Exekutive. Nach sehr reger Aussprache wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen.

Die Mitgliederversammlung erklärt sich mit dem Inhalt des Offenen Briefes der G.A.R. einverstanden. Verpflichtet sich mit allen Kräften in den Gewerkschaften zu arbeiten, um auch in Deutschland einen starken linken Flügel in den Gewerkschaften heranzubilden. Die Ausorientierung der Arbeitermassen in den Sportorganisationen (siehe Kassenpiel), Freizeitsportbewegung (S.P.D.-Arbeiter lehnen die Spaltung ab) und im Betrieb (Sammlung für Ruhrabdelegation, Bericht der Delegierten) macht es uns zur Aufgabe, in formaler Hinsicht die Form der S.P.D.-Arbeiter den Weg aus diesem Dammes-Deutschland nach Osten, Sowjetrußland, zu zeigen.

Die Bezirksleitung wird ersucht, nach dem Landesparteitag eine Konferenz der Ortsgruppen der Betriebe und Betriebsabteilungen abzuhalten, um die Arbeit im Betrieb intensiver zu gestalten.

Rabenau. Am Freitag und Sonnabend läuft in den Kaiserhof-Theatern der K.D.S.B.-Film: „Die Schmiede“. Wir empfehlen auf das Inzerat in der heutigen Nummer.

Birna

Aus der Stadtverordnetenversammlung

In der letzten Stadtverordnetenversammlung haben die Vertreter der Privatwirtschaft eine geradezu katastrophale Niederlage erlitten. Weil die Sache so außerordentlich wichtig ist und die Feststellung dessen, was ist, nicht gründlich gemacht wurde, wollen wir an dieser Stelle schnell noch den Charakter der Vorlage von der Woba besprechen.

Bei jeder Vorlage, die in früherer Zeit dem Stadtverordnetenkollegium vorlag, bei der es galt, Gelder zu bewilligen, damit die Stadt bauen und Wohnungen erstellen konnte, traten die Herren Franke und nicht zuletzt Herr O. Müller mit der Redensart auf, daß es besser sei, die Stadt liege die Hände vom Bauen und überlasse das dem „staatserhaltenden Stande“ der Hausbesitzer. Gab es dann eine Diskussion über städtische Mietsen, immer konnte man das alle Lied hören: Stadtbauten sind zu teuer. Ja, wenn gar hier in eigener Regie gebaut werden sollte, so war ganz Vollen über.

Um nun für diese ihre Theorie einen Boden zu gewinnen, gingen einige dieser Leuten zusammen, nahmen einige aus der Inflation gereizte Mäcker und gründeten eine Wohnungsbaugesellschaft. Diese sollte auch vielen, die gern eine Wohnung hätten, aber bei der „verfluchten“ Zwangswirtschaft keine erhalten konnten, zu einer verhelfen. Denn nicht alle Wohnungen erhielt das Wohnungsamt zur Verfügung, die die Woba erstellte. So konnte wenigstens ein wenig der Geduld dazu beitragen, eine Wohnung zu beziehen. Aber das weit Wichtigere war, man wollte den Beweis erbringen, daß der Privatbauherr besser und billiger baut als die Stadt. Man wollte den Beweis erbringen, daß die Zwangswirtschaft schuld ist, wenn der private Hausbesitz nicht baut. Man wollte weiter den Beweis erbringen, daß die Stadt durch ihre Wohnungserstellung die Mieter preßt.

Die Woba baue — ob schlecht oder gut, soll hier nicht untersucht werden. Es kann und ist auch schon Schlimmeres passiert, als daß die Woba gebaut wurde. Wir kennen aus einem eigenen Erlebnis, daß ein Spekulant wohl die Klotzräume nach der Zeichnung mit eingebaut hatte, aber die Türen vergah, weil er blind baute. Wir sagen, es ist das Schlimmste nicht, wenn man den Bau fertig hat und es fehlt — eine Wille. Der Regierbau der Woba kann auch das Gesamtergebnis der großen Rechnung nicht erschüttern. Kurz und gut, nachdem die Bauten fertig sind, freigen die Leuten das Grünlein.

Nicht billiger, sondern bedeutend teurer haben sie gebaut. So teuer, daß sie selbst zugeben müssen: Die Mietsen sind unerschwinglich. Und nun wieder das alte Lied, die „Zwangswirtschaft“, das war der einzige Strohhalm, an den sich Herr Franke klammerte. Des übrige Rede, das war — wie der Mann selbst — geeignet, am Besten in etwas gehobener Stimmung Beifall auszulösen, aber nicht dazu angetan, um auch nur die tatsächliche Niederlage zu verwischen.

Schafft Rote Hilfe!

Städtische Marterhöhlen in Sachsen!

Von A. Vieberach.

(Fortsetzung.)

Walter Kaufmann beschwert sich am 2. März 1924 über ungenügende ärztliche Behandlung. Kaufmann hat während seiner Unterbringung in der Anstalt 2 in Leipzig wegen Ueberfüllung mit seiner Matraße auf dem Fußboden liegen müssen. Er hat sich dort eine Erkältung zugezogen, die sich auf die Augen legte. Ursprünglich bekam er essigsaure Tonerde zu Umschlagen. Auf sein Verlangen, seine Augen doch einmal gründlich zu untersuchen, habe er immer die Antwort bekommen: „Da sind sie ja schon wieder.“ Im Jahre 1923 wird er auf sein Drängen aus der Unterbringung entlassen und begibt sich nach der Universitätsklinik Leipzig. Dort erklärte der Professor den Studenten im Hörsaal, daß keine Krankheit nur durch äußere nachlässige Behandlung so weit um sich greifen konnte. In Waldheim wird er nach seiner Ueberführung von Dr. Hoffmann, Döbeln, untersucht, der sich einem früheren Gutachten eines Dr. Stapel anschloß. Er erklärte sich bereit, eine Operation an der Kalkschleimwand vorzunehmen. Anfang November bittet Kaufmann den Anstaltsarzt darum, Dr. Hoffmann von Döbeln zur Operation nach Waldheim kommen zu lassen. Der Anstaltsarzt lehnt dies als zu teuer ab. Er wolle keine Ueberweisung nach der staatlichen Klinik in Leipzig beantragen. Sechs Wochen später erklärt derselbe Arzt, seine Ueberführung nach Leipzig könne nicht stattfinden. Kaufmann macht seit 10 Monaten täglich zweimal heiße Umschläge auf die Augen und schmirt die Nase seit 1 1/2 Jahren mit Salbe. Sein Zustand wird immer schlimmer.

Hermann Koch wehrt sich unter dem 24. Februar 1924 gegen die unmensliche Behandlung in Waldheim. Die Ernährungsweise ist eine solche, daß der Erfolg nicht in Erhaltung der Arbeitskraft, sondern in der Bewältigung des Friedhofes besteht. Die Speisen bestanden zum großen Teil aus Suppen. Die Arbeitszeit betrage 10 Stunden. Die Schlafstätten seiner Abteilung befinden sich im Dachstuhl und bestehen aus Strohsack und Decken. Im

Was kommt nun? Stadtdirekt, hilf uns aus unserem Dilemma! So lag ein Antrag vor auf Ertrag oder Ermäßigung der Zinsen für die Mietzinssteuer.

Als die Kommunalen bei Vergütung der Mietzinssteuer für Bezahler des Zinsfußes auf 1 Prozent plädierten, war man im Kreise Franke nicht dagegen. Demals handelte es sich um Stadt und Siebler. Aber wenn es um eigenes geht — da kann man anders. So wurde beschlossen, den Zinsfuß für Mietzinssteuer auf 1 Prozent herabzusetzen und 2 Prozent für Amortisation. Bei dieser Auseinandersetzung gab der Herr Oberbürgermeister bekannt, daß die Sparfälle ihren Zinsfuß für Baugelder herabgesetzt habe.

Einwas sehr Interessantes war noch zu beobachten bei der Diskussion über den Wucher mit Baumaterialien. Herr Franke begründete die teuren Baukosten mit der ungeheuerlichen Steuerlast, die auf der Produktion liegt. Auch hier wieder Drehscheibe. Die Steuern werden von Franke u. Co. unangenehm empfunden, aber daß gerade seine Söhne die Steuern geschaffen, lehnt er sich nicht überlegt zu haben.

Eine Lösung bleibt nur: Beilegung der kapitalistischen Produktionsweise. Ueberführung in die Gemeinwirtschaft.

Proletarischer Kunstabend

(Vom Arbeiterkorrespondenten Lu.)

Für die Rote Hilfe wurde vom Ortskomitee der R.D. am Montag, den 14. September, ein proletarischer Kunstabend veranstaltet. Die „Rote Truppe“, unter der Leitung des bekannten Satirikers Strösemeyer, gestaltete mit einem guten Programm die Veranstaltung zu einem wirklichen proletarischen Kunstabend. Die einzelnen Darbietungen und die Dekoration waren durchgängig ausgezeichnet. Wir können nur wünschen, daß allen Proleten diese Kunst zugänglich gemacht wird. Die proletarischen Organisationen sollten mehr als bisher Kunstabende mit der Roten Truppe veranstalten, um auch in künstlerischer Form der Arbeiterklasse die Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes klar zu machen. Leider war der Besuch den Darbietungen entsprechend noch nicht befriedigend, wir hoffen, daß der nächste Kunstabend ein brechend volles Haus bringen wird. Die am 14. September Anwesenden werden dafür sorgen.

Heidenau

Neue Zeitungsleser wurden gewonnen von

Genossen	Thieme	14 Abonnenten
„	Kuhn	7
„	Hönig	7
„	Weichert	7
„	Winkler	7
„	Herrflog	7
„	Barthel, Erich	7
„	Weber	7
„	Barthel, Oscar	7
„	Külle	7
„	Scholz	7
„	Günther	7

Falsche Neutralität in der Freidenkerfrage

(Vom Arbeiterkorrespondenten A.)

Die Ortsgruppe Heidenau der G.P.F. hielt am Montag, den 14. September 1923, ihre Mitgliederversammlung im „Deutschen Hause“ zu Heidenau ab. Die Versammlung war von etwa hundert Personen besucht.

Zur Tagesordnung stand, wie jetzt überall, die Auseinandersetzung zwischen den beiden Freidenkerzentralen. S.P.D.-Genosse Schilde, als Mitglied des Landesverbandes Sachsen, berichtete nach seinem eigenen Ausspruch, so wie er persönlich den ganzen Streit auslöste, und legte den Hauptpunkt auf die beiden persönlichen Reibereien zwischen dem Herrn Kaspermann, einer der Kernpunkte, nämlich die sachlichen Differenzen, die zum Konflikt führten, ausführlicher zu erörtern. Er schloß zum Schluß eine Resolution des Vorstandes der Bezirks- und Ortsgruppe Heidenau zur Annahme vor, in der gesagt wird: „Der hiesige Bezirk wird einseitig selbständig bleiben und keine Beiträge an die Zentralen leisten, welche die Richtung ablehnen. Außerdem soll verhindert werden, den Kopf der Zentralen von Leipzig wegzuschneiden und mit völlig neuen Personen, die durch den Streit, so wie er jetzt besteht, nicht belastet sind, zu besetzen.“ Trotzdem anerkannt werden soll, daß Schilde sich die größte Mühe gab, keinen Bericht sachlich zu geben, so kam durch seine Rede doch ab und zu die Furcht vor dem hochschweifigen Spaltungsbazillus zum Ausdruck, so z. B. als er den Genossen Simonis Leipziger als „anständig“ bezeichnete, weil er in der Zeitung des Roten Frontkämpferbundes tätig gewesen sei!

Die nun folgende Aussprache eröffnete Herr Hoffmann, der, ausgehend von den verschiedenen Vorgängen in der Freidenkerbewegung, klar zum Ausdruck brachte, daß der Vorstand Simonis-Wolf der allein gültige Hauptvorstand der G.P.F. sei.

Es ist deshalb die Aufgabe der Ortsgruppe, sich klar zu entscheiden für Simonis-Wolf, um so der neuen Zentrale auch durch finanzielle Unterstützung die Möglichkeit zu geben, sich in der Öffentlichkeit durchzusetzen und allen Spaltungsbestrebungen irgendwelcher duntler Elemente ein Ende zu bereiten.

Hoffmann stellt deshalb den Antrag: Die Ortsgruppe Heidenau beschließt den Anstufung der Freidenker-Zentrale der Richtung Simonis-Wolf.

Die Ausführungen Hoffmanns riefen natürlich sofort die größte Kanone der hiesigen S.P.D.-Gruppe, den Minister a. T. Schwarz auf den Plan, der, obwohl er so tat, als wenn er in der Streitfrage sich eine Klarheit noch nicht hatte schaffen können, die Ausführungen Schildes als nicht erschöpfend darstellte. Nach seiner Meinung hätte wahrscheinlich Schilde nicht genug in „Kommunistenbege“ gemacht. Als der Punkt schon erledigt war, entschloß sich Schwarz bei Besprechung des Verhältnisses zur Berliner Arbeiterbewegung ungewollt die Meinung, daß doch alle Arbeiter zur Einigkeit aufrufen sei, die Spaltung müsse unbedingt kommen, also die S.P.D.-Kongreß geben sich die größte Mühe, die Spaltung vorwärts zu treiben. Schwarz hatte wahrscheinlich die Anwesenheit eines K.P.D.-Genossen, der den Konflikt aus der Praxis kennt, erwartet, denn er war mit Protokollen aller Art und Zeitungsartikeln aus versehen und konnte deshalb kein Sprichwort aus dem Munde des Schwarz nicht verpacken, die hiesigen Kommunisten mit der Bildung von Fraktionen innerhalb der Freidenkerbewegung zu befehlen und festzustellen, daß die Zentrale in politischer Beziehung der Zentrale der Partei untersteht, ist klar, er verpackt aber hinzuwürgen, daß auch die Dresdener S.P.D.-Arbeiter zu besonderen Zusammenkünften gerufen wurden, also Fraktionsbildung durchzuführen haben. Nach weiterer Aussprache, in der Hoffmann vor allen Dingen den Anwesenden Simonis zurückweist, wird der Antrag Hoffmann gegen 15 Stimmen abgelehnt und beschlossen, vorläufig neutral zu bleiben.

Hoffentlich werden auch die sozialdemokratischen Arbeiter, die ehrlich die Einheit wollen, erkennen, daß eine neutrale Stellung unmöglich ist und daß ihre Pflicht sie zwingt, gegen die Spalter Mater-Kasper und für die rechtmäßige Leitung Simonis' Stellung zu nehmen.

Neugersdorf

Ablauf für die Spalter der G.P.F.

Die hiesigen proletarischen Freidenker nahmen abermals zum Konflikt der Freidenker Stellung. Genosse Heintze, Dresden, schilderte eingehend den ganzen Konflikt und gab einen Bericht von der Hauptversammlung am 1. und 2. August. Die Richtung Mater-Kasper wollte keine Einigung, wie auch die Verhandlung am Freitag vor dem Oberlandesgericht geplatzt hätte. Den Bericht vor der Bezirkskonferenz erstattete Herr Hoffmann. Der Konferenz haben zwei Anträge vorgelegen. Ein Antrag von Hoffmann, Döbeln, Hoffmann für die Richtung Simonis, der andere von Schlegel, Hoffmann, Kuhn für die Richtung Kasper. Die Konferenz habe sich in namentlicher Abstimmung mit 25 Stimmen gegen 10 Stimmen bei einer Stimmenthaltung für die Richtung Simonis entschieden. Es entspann sich nun eine längere zum Teil sehr erregte Diskussion. Schlegel (S.P.D.) trat in längeren Ausführungen gegen Heintze auf, welcher nicht der Wahrheit gemäß berichtet hätte. Er schloß die Wechselgeschichte von Wolf wieder auf. Angriffe machte er auch gegen Döbeln. Schuldbildungen erhob er auch gegen den Vorstand, daß er nur einseitig für die Richtung Simonis Partei ergreifen hätte. Deshalb kam es zwischen Döbeln, Schlegel und Schlegel-Heintze zu heftigen Auseinandersetzungen. Durch Zwischenrufe von vielen Mitgliedern konnte man schon bemerken, daß sie für Heintze Partei ergreifen. Genosse Schulte, Lobau, welcher ebenfalls anwesend war, ermahnte die Anwesenden noch in bewegten Worten, jeden Parteihader in Zukunft beilegen zu lassen. Die proletarischen Freidenker haben die Aufgabe, gegen die geistige und materielle Not der Arbeiter die Fackel der revolutionären Aufklärung zu werfen. Starker Beifall folgte seinen Ausführungen. Der Berichterstatter vor der Konferenz, Genosse Hoffmann, sprach von dem Kampf um die Freidenkerbewegung.

„Die heute im „Rückbau“ tagende Versammlung der proletarischen Freidenker, Ortsgruppe Neugersdorf, stellt sich rückhaltlos hinter die Beschlüsse der Bezirkskonferenz am 30. Aug. im Schützenhaus in Oberderwitz. Der Vorstand wird umgehend beauftragt, sämtliche Gelder sofort der Richtung Simonis zu übermitteln. Die Versammlung fordert weiter, daß der internationale Freidenkerbund noch versuchen möge, eine Einigung herbeizuführen, damit in geschlossener Front der Kampf gegen das Spaltentum wieder aufgenommen werden kann.“

Auf Antrag von Schlegel wird über die Resolution getrennt abgestimmt. Der erste Absatz betr. der Richtung Simonis wurde gegen die Stimme Schlegels, der sich der Abstimmung enthielt, angenommen. Der zweite Absatz wurde einstimmig angenommen. Sämtliche anwesenden Genossen der S.P.D. (bis auf zwei, welche zur Richtung Schlegel gehören, und vor der Abstimmung das Lokal verließen) haben ebenfalls für die Richtung Simonis gestimmt. Die Spalter haben also auch hier eine gehörige Abfuhr bekommen.

Arbeiterkorrespondent T.

Winter sei es zwischen dem Gehäß so kalt, daß die Gefangenen vor Kälte nicht schlafen könnten. Er wendet sich gegen die „Erziehungsmethoden“ in der Anstalt. Ueberall heißt es: „ist verboten“, „wird bestraft“, aber nirgends findet sich ein Hinweis, daß die Gefangenen auch Rechte hätten. Er verlangt mehr Zeit am Tage, um die Zeitung lesen zu können, kurze Zeit stehen ihm nur 40 Minuten, das ist keine freie Zeit, am Tage zur Verfügung. Weil noch dem Beamten gegenüber mißtrauisch ist — im Hinblick auf die Rechlosigkeit der Gefangenen ein sehr verächtlicher Zustand —, wird er von der Anstaltsdirektion als Vindicta bezeichnet. Er beschwert sich weiter über die Behandlung in der Krankenabteilung. Als er mit einem anderen auf den Arzt warten mußte, habe er sich selbst mit ihm unterhalten. Der Wachtmeister Bedo habe ihn dann am Arme gepackt, beiseitegerissen und ihn wie einen Hund angebrüllt, ob er nicht lesen könne? Auf seine Beschwerde beim Amtmann erklärte ihm dieser, es sei doch weiter nichts dabei. Bei allen seinen Beschwerden bei der Anstaltsleitung wird er als Vindicta und Mensch mit vollständig zerstörtem Nerven behandelt. Ein Eingeben auf seine Beschwerden gabe es überhaupt nicht. Er verlange nur, auch als Gefangener, eine Behandlung als Mensch. Es ist furchtbar, wenn er deshalb als Querschnitt bezeichnet wird. Der Arzt läßt in ihnen nur die Gefangenen, aber nicht kranke Menschen, die seiner Hilfe bedürfen. Die fettsüchtige Ernährungsweise führte zu dauernden Stuhlverstopfungen und zu Haarausfall. Die Gefangenen mühten durch diese Methoden zugrunde gehen.

Max Baum wendet sich unter dem 21. September 1923 dagegen, daß sie in derselben Zelle schlafen müssen, in der sie arbeiten. Die Arbeit entwidle sehr großen Staub. Die Klosettreinigung besteht in einem Holzfußel mit Tausendmal; der Geruch trägt nicht zur Besserung der Luft bei. Der Preis für das Essen, pro Tag eine Mark, sei zu hoch. Ein Liter Essen mit drei Maden, von denen die längste ein Fingerlang lang sei, acht Stück eingelegte Bohnen und ein Stück Brot, oder gefodertes Obst oder Kartoffeln mit Salzhering zusammengelocht, sei zu wenig für dieses Geld und sei keine Kost.

Hans Wiesner schildert unter dem 27. Juli 1924 seine Behandlung. Er war mit der ärztlichen Behandlung des Anstaltsarztes nicht zufrieden und hatte die Absicht, ihn wegen Verletzung seiner Berufspflicht zu verklagen. Dar-

aufhin schickte der Anstaltsarzt ihn zur Beobachtung seines Geisteszustandes nach der Heilanstalt. Der Arzt, Dr. von Rabenau, Psychiater, kann nach 2mal monatlicher Beobachtung feststellen, daß Wiesner ein besonders scharfes Gedächtnis habe. Er kommt dann wieder nach der Gefangenenanstalt zurück. Wiesner ist Kriegsinvalide und besitzt nur ein Auge. Er wurde ursprünglich mit Tütenkeffen und dann mit Lederarbeiten beschäftigt. Infolge der schlechten Lichtverhältnisse bildete sich auf seinem gelunden Auge Augenschwäche. Er verlangt grobe Arbeit, um die Sehkraft nicht ganz einzubüßen.

Wenn die Gefangenen Vorrat zu Beschwerden an das Justizministerium verlangen, dann erhalten sie nicht so viel, als sie ihrer Ansicht nach brauchen, die Menge wird willkürlich von der Leitung bestimmt.

Dem einäugigen Kriegsinvaliden wird, weil er das vorgeschriebene Pensum nicht leisten kann, vorgeworfen, er sei ein Faulenzer und wolle sich von der Arbeit drücken. Er wurde deshalb bestraft mit Entziehung der Kassegeldes. Obwohl durch die Untersuchung des Spezialarztes Dr. Handmann in Döbeln festgestellt wird, daß das rechte Auge nur ein Sechstel Sehkraft besitzt und das linke Auge 1,5 kurz-sichtig ist, erklärt der Anstaltsarzt, an der Bekraftung nichts ändern zu können, da Wiesner vom Abteilungsleiter als Faulenzer bezeichnet wird. Für eine zweite Beschwerde erhält Wiesner nur einen halben Bogen, dies sei vom Ministerium so bestimmt: für solche Leute wie er sei, habe der Anstaltsleiter den Eindruck, daß er es bei Wiesner nicht mit einem normalen, geistlich gelunden Menschen zu tun habe. Die beiden Eingaben werden der Regierung zur Kenntnis überwiesen, damit den Beschwerden Rechnung getragen und Abhilfe geschaffen wird. Nach einiger Zeit erklärt der Anstaltsarzt, er wolle mit Wiesner einmal eine Kurenkur durchmachen. Am 7. Februar 1925 erscheint der Wachtmeister mit 4 anderen Gefangenen, Wiesner wird geholt. Der Arzt will Wiesner angeblich hypnotisch schlafen lassen, um seine Krankheit wegzubringen. Wiesner, der als einäugiger Kriegsinvalide in die Anstalt eingeliefert und als solcher geführt wird, der infolge seiner geschwächten Sehkraft das Pensum nicht leisten kann, deshalb als Faulenzer bezeichnet und bestraft wird, soll geholt werden, indem man ihn hypnotisch schlafen lassen will. Somborbar Geist- und Erziehungsmethoden.

(Fortsetzung folgt.)

Reich
Preis
dahn
erhö
sacht
sieht
Nach
schnell
zu ein
füllt
peitsch
und Aug
ders F
1. Br
2. Bu
3. Sc
4. Lu
5. Le
6. Ri
Der
Vorkrieg
Preise
gegen
lassen
anzieh
ihren H
steigen
es nur
Wir
Preisbew
beschrän
Grund d
Lohndruc
Resol
gen Luth
Inverkehr
rechnung
Geg
same Ab
Sicherung
kommen
Die
Die
Seuern
tionen M
tionen M
In diese
danach
über ein
geben
ersten Dr
Markt
Eing
Juli: a
154,5
und Ve
286,8
Juni be
die Einna
Mark, au
den 26
Mark. D
den Juli
Von
allern die
zahlungst
stiegen.
durch ent
Es ist
Massenbe
neuen Sch
aller Steu
Milliar
In dem
gen käm
wachsend
zu erzw
Hunger ih
Mark in
Der B
den ersten
bis zum 31
die ersten
bereits 217
der M
steuer. B
wie die
laufende
von fast 1
Die
bescheiden
die Da
Reichsbah
zeigen ih
Mark. D
aus 2 Pro
von 500
wollte au

Amnestiefrage in Sachsen

Sozialdemokratische Amnestiebewegung

Von der Landtagsfraktion wird uns geschrieben: Bei Beratung des Amnestiegesetzes im Reichstag formten sich die Sozialdemokraten nicht richtig genug, in Opposition gegen die ihnen nicht weit genug gehende Amnestie; ihre Redner brachten nur billigen Nebensachen die Abkehr der Reichsregierung, die Faschisten aus den Gefängnissen heraus und die Arbeiter drin zu lassen. Die sozialdemokratische Fraktion stellte eigene Verbesserungsanträge und stimmte sogar für solche der kommunistischen Fraktion, um angeblich dem Geleitzgesetz zu geben, nach welcher auch ein Teil Arbeiter amnestiert werden würden.

Doch alles dies wieder ein elendes Betrugsmaschine an der Arbeiterklasse war, beweist das Schicksal der Amnestie im Freistaat Sachsen. Bekanntlich reichte am 24. August die kommunistische Fraktion an den sächsischen Landtag einen Amnestieantrag ein und richtete gleichzeitig an die sozialdemokratischen Fraktionen Winkler das Ersuchen, zur Beratung derselben eine Sitzung des Landtages anzubereiten. Die kommunistische Fraktion verwies in ihrem Schreiben an den Landtagspräsidenten auf die Reichsamnestie, deren Unzulänglichkeit auch von der sozialdemokratischen Partei anerkannt wurde. Es sei deshalb notwendig, in Sachsen schnellstens eine weitgehende Amnestie zu schaffen. Infolge der zahlenmäßigen Mehrheit der Sozialdemokraten und Kommunisten im sächsischen Landtag, und da beide Parteien die Reichsamnestie nicht als weitgehend genug erkannt haben, wurde dies ein leichtes gewesen. Inzwischen brachte die in ihrer Mehrheit aus Sozialdemokraten bestehende Regierung ihre Amnestieverordnung heraus, die nicht ein iota über die Reichsamnestie hinaus und noch nicht einmal so weit geht wie die preussische und die in Aussicht genommene thüringische Amnestie. Jetzt wäre es an der Zeit gewesen, daß der Landtag mit seiner „Arbeitermehrheit“ eingegriffen und dem Verlangen dreier Kreise nach einer Amnestie Zustimmung hätte, aber weit gefehlt. Statt dessen schickte der Landtagspräsident folgenden Schreiben:

An die kommunistische Landtagsfraktion

H. S. des Herrn Landtagsabgeordneten Ehrhart

Dresden.

Ihrem Antrage auf Einberufung des Landtages kann ich auf Grund eines Beschlusses des Landtages vom 8. Juli 1925, wonach sich der Landtag bis zum 1. November vertagt hat, leider nicht entsprechen.

Der Präsident des Landtages,

Winkler.

Dieses Schreiben ist ein feiges Ansehen des Landtagspräsidenten Winkler, der laut Art. 8 der sächsischen Verfassung jederzeit das Recht hat, den Landtag einzuberufen.

Ein sozialdemokratischer Landtagspräsident lehnt es also ab, in einem Lande, wo eine sogenannte Arbeitermehrheit besteht, eine bessere Amnestie als die des Reiches zu schaffen, trotzdem die Sozialdemokratie sich mit Worten gegen die Reichsamnestie ausgesprochen hat. Dadurch ist die ganze Opposition der Sozialdemokratie gegen die Reichsamnestie gekennzeichnet als ein neues Schwindelmaschine gegenüber der Arbeiterklasse.

Das Justizministerium knickt

Gleich nach Bekanntwerden der sächsischen Amnestieverordnung wandte sich die kommunistische Landtagsfraktion an das Justizministerium mit dem Ersuchen, ihr eine Liste der unter der sächsischen Amnestie fallenden Personen beizufügen. Das Ministerium erteilte darauf folgende Antwort:

Herrn

Landtagsabgeordneten Ehrhart

Dresden.

Zur Entscheidung über die Anwendbarkeit der Amnestieverordnung vom 27. d. M. ist nicht das Justizministerium, sondern die mit den einzelnen Strafsachen betraute Behörde berufen. Das Justizministerium sieht sich daher nicht in der Lage, dem Wunsch nach Uebermittlung einer Liste der unter die Amnestie fallenden Personen nachzukommen.

Ministerium der Justiz,

Unterschrift.

Die kommunistische Fraktion ließ es dabei nicht bewenden, sondern ersuchte das Justizministerium in einem neuen Schreiben, es möge die Ergebnisse der Amnestie von den ihr unterstellten

Behörden anfordern und sie der kommunistischen Fraktion mitteilen. Jetzt gab das Justizministerium diese Antwort:

Herrn

Landtagsabgeordneten Ehrhart

Dresden.

Das Justizministerium sieht sich zu keinem Behauern nicht in der Lage, dem Wunsch nach Uebermittlung einer Liste der unter die Amnestie fallenden Personen, zu entsprechen.

Ministerium der Justiz,

Unterschrift.

Das Justizministerium sieht sich also außerstande, von den ihm unterstellten Behörden die Ergebnisse der Amnestie anzufordern. Warum sieht es sich dazu außerstande?

Weil die sogenannte Amnestie in Sachsen ein wirkungsloses Ding ist.

Weil kein Arbeiter oder nur wenige unter die Amnestie fallen, deshalb knickt das Justizministerium und gibt eine ausweichende, nichtslgende Antwort.

Für die Arbeiterklasse muß dies ein neuer Ansporn sein, die Amnestiekampagne in Sachsen noch viel umfassender zu gestalten.

Schwerindustrie und Wirtschaftskrise

Vom Futab wird uns geschrieben:

Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise, deren Ursachen zum Teil in dem Rückgang des Kohlenverbrauchs infolge technischen Fortschrittes liegen, wird in härtestem Maße vor allem von der Schwerindustrie ausgeht, um gegen die Sozialpolitik der letzten Jahre Sturm zu lauten. Das Gewicht des Unternehmertums über die angeblich zu hohen sozialen Lasten verhält sich in letzter Zeit in geradezu erschreckender Weise und trägt so zu der Hege gegen den sozialen Fortschritt, vor allem gegen den Achtstundentag bei.

Es ist daher, daß in sehr vielen Fällen Betriebsstillegungen oder Einschränkungen lediglich in der Absicht vorgenommen werden, um die Arbeitnehmerkraft müde zu machen und um die

Der

Rote Frontkämpfer-Bund

ist die Organisation aller proletarischen Frontsoldaten, die einen neuen imperialistischen Krieg bekämpfen.

Die Sammlung der Massen im R.F.B. ist die festeste Stütze gegen die Raubgelüste der Imperialisten.

Werbt für den Roten Frontkämpfer-Bund!

Regierung zu Maßnahmen im Sinne der Forderungen der Industriellen zu veranlassen. Die Skrupellosigkeit, mit der die Arbeitgeberverbände ihre Kämpfe führen, beweist der Inhalt eines Rundschreibens, welches der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins Teutischer Eisen- und Stahlindustrieller am 21. Juli dieses Jahres als „Rundschreiben Nr. 30/25 Nr.“ an seine Mitglieder verandt hat. Wir geben das Rundschreiben in seinem vollen Wortlaut wieder, denn es spricht für sich selber:

„Der Ausschuss hat sich in seiner Sitzung am 16. Juli 1925 nach eingehender Aussprache folgenden Beschlüsse des Vorstandes vom 8. Juli 1925 angeschlossen:

„Für den Fall, daß der Schiedsspruch vom 25. Juni 1925 über die Löhne für verbindlich erklärt wird:

Den Mitgliedsmitgliedern wird unter Vertragsstrafe auferlegt, gemäß der Beschlüsse einer vom Vorstand einzuweisenden Kommission eine der Erhöhung der Tariflöhne entsprechende Herabsetzung der Belegschaftsziffer vorzunehmen.“

Der Ausschuss wählte in die Kommission, die bindende Richtlinien zur Ausführung des Beschlusses aufstellen soll, nachstehende Herren:

Direktor Brünninghaus, Dortmund, Eisen- und Stahlwerk

Dresch;

Gehelmeat Dr. Gumb, Eisen, Friedr. Krupp A.G.;

Konrad Dr. Klönne, Dortmund, Aug. Klönne;

Generaldirektor Ansdahl, Düsseldorf, Hein. Lehmann u. Co.;

Dr. Krieger, Düsseldorf;

H. Poensgen, Düsseldorf, Phoenix A.G.;

Direktor Schreiber, Duisburg, Phoenix A.G.;

Direktor Stahl, Duisburg, Deutsche Maschinenfabrik;

Direktor Walter, Gelsenkirchen, Guteshoffnungsbütte.

Als Stichtag für die Festsetzung der Belegschaftsziffer zur Übernahme der Entlassungen gilt der 1. Juli 1926, der Belegstand ist bis 15. August durchzuführen.

Für die Durchführung des Beschlusses sind die örtlichen Kommissionen einzusetzen. Unbillige Härten sollen bei der Durchführung der Verminderung der Belegschaft vermieden werden.

Ergänzend teilen wir Ihnen mit, daß nach Festsetzung der obengenannten Kommission die Lohnherabsetzung durchschnittlich 5 Prozent ausmacht.

In der Anlage überreichen wir Ihnen ein Gutachten über die rechtlichen Vorschriften, die für die Einschränkung in Betracht kommen, sowie zwei Beispiele für die an die Demobilisierungsbehörde zu erstellenden Anzeigen.“

Die Vertreter des Arbeitgeberverbandes haben bei den örtlich statgeordneten Arbeitszeiterhandlungen mit den Arbeitern sehr energisch bestritten, daß sie einen bindenden Entschluß gefaßt hätten, ihre Belegschaft gemäß der Erhöhung der Löhne durch den Schiedsspruch vom 25. Juni einzuschränken. Das vorstehende Rundschreiben zeigt, was man von den Besetzungen der Vertreter des Arbeitgeberverbandes zu halten hat.

Wir sind neugierig, zu erfahren, ob die Herren Regierungspräsidenten, die die Anträge auf Betriebsbeschränkungen über Erilligungen nachprüfen haben, nach Bekanntwerden des obigen Rundschreibens die inzwischen gegebene Zustimmung zu Einschränkungen wohl zurücknehmen werden.

Geißhennersdorf

Wie man die gefallenen Krieger „ehrt“

(Arbeiterkorrespondent D. S.)

Der Ringelbeutel geht wieder in unserem Ort herum. Man braucht sehr viel Geld, um den Gefallenen des Weltkrieges ein feineres Denkmal zu setzen. Zu diesem Zweck hat man durch die Schullinder Aufsätze verteilten lassen.

O, welche Ironie! Arbeiter — Schullinder werden zu dieser Bettelei benutz. Wir fragen die Kapitalisten des Ortes: Warum baut ihr nicht selbst ein feineres Ehrenzeichen für die, welche für eure Interessen ins Gena beizien mußten?

In dem Aufruf steht wörtlich zu lesen: „Bergricht sie nicht, ehrt sie immer, die tapferen Soldaten, die im Glauben an des Schicksals ihr Leben gaben.“

Eitel Heuchelei treibt ihr mit diesen Kriegsoffizieren, denn solange ihr dieselben mit Hundepfennigen abspült, habt ihr kein Recht, Kriegerehrungen vorzunehmen. Wie sich es denn gleich nach dem Kriege:

Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß!

Wie sieht diese Dankeschuld in Wirklichkeit aus: Dameswucher, Steuern, hohe Zölle, Elend und Not für die Opfer des Krieges. Heute nun, nach 10 Jahren, denken diese Herrschaften daran, ein „Ehrenzeichen“ zu setzen.

Die kommunistische Gemeindeverordnetenfraktion hat schon in der betr. Sitzung einwandfrei Stellung genommen und verlangt: Wenn die betr. interessierten Kreise ein Denkmal wollen, so lassen sie selbst eins bauen. Die Gemeinde als solche hat gegenüber den Kriegsoffizieren andere Pflichten zu erfüllen in Form von menschenwürdigen Unterstützungen. Dementprechend hat auch bei der letzten Haushaltsplanberatung einige tausend Mark eingeleitet worden.

Die arbeitende Bevölkerung von Geißhennersdorf hat daher

mit diesem Aufruf nichts zu tun

und wendet sich in ganz entschiedener Weise von diesem sogenannten Kriegerehrungsaufruf, dessen Ehrennoschender der Bürgermeister Fischer ist, ab. Sie gibt ihm den guten Rat, mit dem Ringelbeutel bei den hiesigen Industriellen für die 150 000 Mk. Rathenschuld betteln zu gehen. Auf der einen Seite quetscht man die Arbeiter wie eine Zitrone aus, und auf der anderen Seite will man auf diese Art und Weise sich einen Namen im Dorfe machen. Die fleißige organisierte Arbeiterklasse hat diesen Kriegerehrungsummel schon längst als einen patriotischen Schwindel durchschaut und ihn rundweg abgelehnt. Die gefallenen Arbeitsbrüder sind im Herzen des Proletariats für ewig eingekreuzt; das vergossene Blut unserer Väter, Söhne und Brüder schreit heute noch nach Rache an ihren Feindern. Mit geballter Faust steht das Proletariat Gemeht bei euch und wird nicht eher ruhen und rasten, bis allen denen, die imperialistische Raubkriege hervorgerufen, das Handwerk gelegt ist.

Darum, Arbeiter von Geißhennersdorf, nochmals:

Leben zu!

OKTOBERTAGE

Erinnerungen aus der Oktoberrevolution 1917

von

J. A. Kaumoff

(14. Fortsetzung.)

Das Fortkommen wird immer schwerer. Anordnung herrscht ringsum.

Endlich haben sie die Kofa erreicht. Auf der ersten Brücke wieder Wachen. Auf der zweiten Brücke stellt jemand ein Maschinengewehr auf.

„Wo zu? Ihr Karren!“ kann Udaroff sich nicht enthalten zu sagen.

„Und wenn es ihnen einfällt, einen Ausfall zu machen?“ erwidert ein Rotgardist.

„Ach wo denn! Du wirst bloß unsere eigenen Leute treffen. Wo sind denn die Woborger?“

„Wir sind Woborger.“

„Endlich... Aus welchem Betrieb?“

„Varnoiainen.“

„Wo sind denn die vom R. Betrieb?“

„Dort an der Ecke. Aber dort wird gerade geschossen, seht euch vor!“

„Nun, Udaroff,“ schlägt Iwan vor, „suche deine Leute zu erreichen, ich werde meine aufsuchen und euch folgen. Wenn ihr zum Angriff übergeht, folge ich euch unbedinglich.“

„Udaroff, ich gehe mit dir,“ bittet Schura.

„Komm, komm!“

Udaroff und Schura legen sich platt auf die Erde und kriechen über den schmutzigen, kalten Straßendamm. Viele

Stelle ist tatsächlich unter Feuer, aber die Kugeln fliegen über ihre Köpfe hinweg. Schweigend kriechen sie nebeneinander. Schon sehen sie den Platz und die Fassade des Winterpalastes. Schon sehen sie die Barrikaden aus Holz

vor den Türen des Schlosses, sehen das Aufblitzen der Schüsse aus dem Schloßgarten. Sie sehen eine Kette von Menschen, die sich aus der Richtung des Alexander-Gartens her bewegt. Plötzlich schlagen die Kugeln auf den Straßendamm auf. Ein unheimliches Gefühl erfährt sie. Instinktiv drängen sie den Kopf vor. Sie warten. Man hört die

Maschinengewehre unter dem Brückenbogen. Vom Schloß aus hat man sie bemerkt und richtet das Feuer auf sie. Udaroff und Schura springen schnell vor und haben die

Ecke hinter sich.

„Halt! Wer da!“

„Freunde!“

„Udaroff, du bist es? Warum bist du hier?“ Es ist Grigorjew, man härt ihm die Freunde an.

„Wie steht es? Es heißt, die Verluste sind groß.“

„Es geht. Wir haben auch Verluste. Unsere Jungens haben sich etwas geküßt und gewärmt. Jetzt kann man noch einmal los schlagen. Ubrigens, heißt du, an der Admiralität ist jetzt eine Bewegung. Greifen sie dort an?“

„Man mühte sich mit ihnen verbinden,“ rät Udaroff.

„Nein, man sieht das auch so. Bleib du hier, ich werde um die Ecke der Millionenstraße gehen. Dort sind auch andere, und sobald sie von der Admiralität vorgehen, geht zum Angriff über. Ich folge euch, und wir schlagen los.“

Udaroff denkt einen Augenblick nach: „Gut!“

Die Leute bereiten sich zum Angriff vor. Aufmerksam beobachten sie die Bewegungen an der Admiralität und warten, bereit, jeden Augenblick loszuschlagen.

„H — u — r — a —!“ donnert es von der Ecke der Millionenstraße.

„Zu früh!“ Udaroff schreit es beinahe, springt aber trotzdem mit Schura aus seiner Ecke vor; ihm folgen die anderen, und alle stürzen zum Schloß. Ein Kugelregen schlägt ihnen entgegen.

Jemand höhnt, ein anderer brüllt vor Schmerz. Hier bricht einer zusammen...

„Jungens! Um keinen Preis weichen! Vorwärts!“ ruft Udaroff. „Haltet euch!“

„Heute!“ „Vorwärts!“ erschallt es von allen Seiten.

Und sie halten stand. Die Kugeln fliegen höher. Kühner, im Laufschrift bringen sie vorwärts. Fast haben sie sich schon mit den anderen vereinigt. Vom Kewits-Prozess, aus dem Alexander-Garten, von der Admiralität knattern die Maschinengewehre. Das hebt ihren Mut und senkt das Feuer des Gegners ab.

„H — u — r — a —!“ donnert es ringsum.

Sie sind schon der Barrikade ganz nahe, als das gut gezielte Feuer der Weichgodisten fast die ganze erste Reihe niederhaut.

Unwillkürlich schreien alle zurück.

„Werft euch nieder! Nicht zurückgehen, das ist schlimmer!“

„Niederwerfen!“

Das Feuer der Maschinengewehre mäßt die Angreifer nieder, die nirgends zielen können, denn vor ihnen ist die

Holzbarrikade. Udaroff sieht klar die Gefahr. Eine panische Flucht kann den Untergang bedeuten.

„Ruhig! Hinlegen!“ schreit er.

Das Feuer der Junker hält einen Augenblick ein. Dann kommt ein neuer Kugelregen. Die Reihen ordnen sich wieder.

„H — u — r — a —!“ erschallt es von der anderen Ecke des Platzes.

„H — u — r — a —!“ jetzt ganz in der Nähe.

Da erhebt sich ganz unerwartet in seiner ganzen Größe Schura und schreit aus allen Kräften:

„Wir nach! Wir nach!“

„H — u — r — a —!“ erschallt es überall.

Udaroff ihm nach. Doch im selben Augenblick schreit Schura auf, schwankt etwas nach vorn, wirft das Gewehr hin, stößt einen kräftigen Fluß aus, zieht den Revolver hervor, schießt, stürzt vorwärts und schreit abermals:

„Wir nach! Wir nach!“

Alle springen vor. Mit vereinten Kräften stürzen sie sich auf die Barrikade, reißen sie nieder und zielen in das Tor. Stöhnen wird von dort laut. Sie werfen sich wieder nieder und schießen.

Udaroff sieht, daß sie von beiden Seiten Verstärkung bekommen haben. Jetzt kommen auch noch die Matrosen. Jemand ruft: „Sie haben die weiße Flagge gehißt!“

„Zum Teufel! Hinein in das Schloß...“

Es tagt schon, als Udaroff in den Stab zurückkehrt. Dort weiß man bereits von der Einnahme des Winterpalastes. Alle sind glücklich, und die Gesichter strahlen vor Freude.

Udaroff ist tödlich erschöpft. Die wässren Füße sind wie gelähmt. Langsam steigt er die Treppe hinauf. Doch kaum hat er den Saal betreten, und die vom Kampf zurückgekehrten erschallt, so scheint es ihm, als sei die ganze Müdigkeit von ihm genommen. Der Schmerz in den Füßen ist verfliegen.

„Udaroff! Udaroff! Hier ist er, hier ist er!“ Mit diesem Ruf eilen ihm die Rotgardisten entgegen.

„Wie geht es Schura?“

„Gib her, ich werde dir das Gewehr putzen.“

„Hör mal, was meinst du, haben sich etwa die vom Erifon schlachtet geschlagen?“

„Später, Kinder, laßt mich jetzt durch, Schura ist zum Verbinden gegangen; es geht ihm besser.“

(Fortsetzung folgt.)

Vertammlungsstaleuder

Österreich, Schönbühnen, kommunale Arbeiter, Arbeiter
 des 368. und des 369. Regiments Montag, 21. Sept., abends 7.30 Uhr
 findet in „Stadt Braunschweig“, Jakobstraße, eine wichtige
 Sitzung statt. Referat des Genossen Oberlehrer Schrapel über
 „Schlachtplan“. Um eine ersprießliche Arbeit leisten zu können,
 ist ein gemeinsames Arbeiten notwendig. Gleichzeitig sind alle
 interessierten Genossen und Eltern dazu eingeladen.

UB, Dresden
 UB, 6. Donnerstag, den 17. September, abends 7.30 Uhr
 alle UB-Freizeiter in „Stadt Braunschweig“, Jakobstraße,
 Sitzung.

Jugendgruppe 5 und 6 Gotta. Inhere Mitgliedervertammlung
 findet diese Woche ausnahmsweise am Freitag, 18. Sept.,
 Punkt 8 Uhr in der Luftkabinen-Gotta statt. Genosse Renner
 spricht. Wichtiges Thema. Das Erscheinen aller Parteimit-
 glieder ist unbedingt Pflicht.

Jugendgruppe 10/11. Freitag, den 18. September, abends
 7.30 Uhr im Restaurant „Zur guten Quelle“, Reifschwitzer Str.,
 wichtige Mitgliedervertammlung.

Jugendgruppe 2 Zentrum. Freitag, den 18. September, 7.30
 Uhr: wichtige Mitgliedervertammlung. Referat des Genossen
 Zippel.

Stellen. Grob Funktionärkung am Freitag den 18. Sept.
 6 Uhr im „Gleiswaldbühnen“. Politische Information. Offener Brief
 des Sekretariats. Kein Funktionär darf fehlen!

Direktions-Konferenz. Freitag, 18. Sept., abends 7.30 Uhr
 Mitgliedervertammlung im Restaurant Kotte, Konfordinerstr. 4.
 Wichtiges Erscheinen aller Genossen und Genossinnen von
 Weichen, Traubenberg, Widten, Kabis, Hebigau ist Pflicht.

Freizeitvertammlung.
 Johannplatz, Freitag, 18. Sept., abends 7.30 Uhr im
 „Brunnen Hof“, Brunner Straße 44. Genossin Stadt. Wähme
 referiert über „Die Frauen in Deutschland und
 K u l i n d“. Alle Genossinnen vom Zentrum sind eingeladen.
 Gäste willkommen!

APD, Sankt. Die Ortsgruppe beteiligt sich Sonntag ge-
 schlossen am roten Tag in Pirna. Wir stellen am Bahnhof
 Weigsdorf 6.30 Uhr. Sonntagsruhe lösen bis Pirna. Fahne ist
 mitzunehmen. — Note „Frontkämpfer“ fahren mit demselben
 Zuge.

UB, Freizeit
 UB, Ortsgruppe Freizeit, Freitag, den 18. September,
 abends 7.30 Uhr im Volkshaus „Gebauer“, Deuben, Mitglieder-
 vertammlung.

UB, Freiberg
 APD, Ortsgruppe Freiberg, Freitag, 18. Sept., abends
 8 Uhr im Restaurant „Zur Salamotte“ wichtige Mitglieder-
 vertammlung.

UB, Weichen
 Weichen, Freitag, 18. Sept., abends 7.30 Uhr im Gewer-
 schaftshaus Leninstraße. Zahlreiches Erscheinen erwartet
 die Unterbezirksleitung.

UB, Pirna
 APD, Ortsgruppe Pirna, Freitag, den 18. September,
 abends 7 Uhr Deforation des Volkshauses Pirna und Erdgericht
 Kapit. Tambourzug zur Uebung um 6 Uhr. Sonnabend alle
 Kameraden reiflos und pünktlich im Volkshaus.

APD, UB, 2. Abfahrtszeiten unseres Autos am Sonn-
 abend nachmittag zum „roten Tag“ nach Pirna. Abfahrt: Neu-
 gersdorf nachm. 2 Uhr b. „Stadt Jittau“; Ebersbach nachm.
 2.15 Uhr b. „Stadt Leipzig“; Oberriedersdorf nachm. 2.30 Uhr
 b. „Reichshaus“; Niederriedersdorf nachm. 2.40 Uhr b. „Reim
 Hof“; Reulaha-Spremberg nachm. 2.40 Uhr b. „Am Marktplatz“.
 Die angeführten Abfahrtszeiten müssen unbedingt pünktlich ein-
 gehalten werden. Mitgliedsarten gelten als Ausweis.

Jittau. Die Ortsgruppen von Rot Front vom Interbez. 1
 Jittau nehmen geschlossen an dem roten Tag in Görlitz teil.
 Die Radfahrer-Abteilung fährt so frühzeitig von ihrem Stand-
 ort ab, daß sie bei Eintreffen des Zuges 6.10 Uhr nachm. in
 Görlitz am Bahnhof die mit diesem Zuge fahrenden Kameraden
 empfangen kann.

APD, Ortsgruppe Ostrik, Freitag, den 18. September
 abends 8 Uhr öffentliche Vertammlung im Volkshaus „Sun-
 grünen Baum“, Ostrik. Referent erscheint.

Schmannsdorf. Am Freitag den 18. September, abends
 7.30 Uhr findet in „Wegliches Gathof“ eine öffentliche Ein-
 wohnervertammlung statt, welche sich mit der Vergebung der
 Wohnungen in dieser Gemeindefabrik beschäftigt wird. Guter für
 schätzlichen Besuch.

Arbeiter-Schachgesellschaft Großhirsberg. Die am Sonntag,
 den 18. September, ausgetragenen Schachwettkämpfe konnte
 Großhirsberg für sich entscheiden. Folgende Ergebnisse wurden
 erzielt: Ottendorf-Großhirsberg 3:6 und eine Düngepartie,
 Paula-Großhirsberg 3 1/2:3 1/2. Durch diesen schönen Sieg hatte
 sich Großhirsberg an zweite Stelle der Tabelle.

Vollzeugschützenverein Dresden-N. Sonnabend, den 19. September,
 abends 7.30 Uhr im Jugendheim, Oppelstr. 12, 1. Et.: Vortrag
 von Frau Heilwilde Ströbe über: „Operationslose Heilung
 von Frauenleiden“. Nachdem Ausprache, anschließend Ein-
 gliedervertammlung. Wahl von Delegierten zum Montag, Sonntag
 eines Verbandstages. — Sonntag, 20. September, vormittags
 10 Uhr im großen Volkshaus, Riesenstraße: Vortrag von
 Herrn Dr. Weising, Charlottenberg, über: „Die Biogenie als
 Heilfaktor“. Mitglieder und Gäste herzlich willkommen.

Deutscher Arbeiter-Kriegler-Bund, Bezirk Dresden. Sonntag,
 den 20. September, findet vormittags das Gaufest in Dresden
 im „Weißend“, Chemnitz Straße, statt.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, 3. Bezirk, Ortsgruppe
 Althaus. Sonntag, den 20. September, Tageswanderung
 Besuch der neuen Hütte in Tännichen. Abfahrt 6.58 bis
 Hütte. (Sonntagskarte.) Führer: Kähler. — Mittwoch,
 23. September, Vortrag: „Proletarische Dichtungen“. Referent,
 Genosse Paul Mail.

Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden. — Druck: „Veu-
 rillote Dresden.“ — Verantwortl. Red.: Rudolf Renner Dresden.

Amliche Bekanntschaften

— Freitag —
 Freitag, den 18. September, findet ab 8 Uhr vormittags Ver-
 kauf von Rindfleisch in getrocknetem Zustande auf der Freibank im
 Stadteil Volkshaus (Hof des früheren Rathauses) statt. Preis
 pro Pfund 50 Pfennig.
 Rat der Stadt Freitag, 18. September.

Schuhbedarfsartikel- und Lederhandlung
 Dresden-Alte, Augsburger, Ecke Jakobstraße
 empfiehlt zu wieder sehr günstigen Preisen im
Ausschnitt keine Kernlederohlen
 nach mitgebrachten Modellen, wodurch noch besonders verbilligt

Arbeiter
 kaufen ihre Garderobe gut und billig nur in der
Löbtauer Volksbekleidung
 Kesselsdorfer Straße 12

Hosen, gestreift von 3.00
 Winterjoppen, gefüttert von 16.00
 Wintermäntel von 27.00

M.S. Lichtspiele
 Moritzstr. 10 Moritzstr. 10

Ab Dienstag
 Europas verwegener Sensations-Darsteller
LUCIANO ALBERTINI
 in seinem neuen großen Sensations- u. Abenteuerfilm
Der König u. die kleinen Mädchen
 Eine sensationelle Geschichte
 voll Spannung und Tempo in 6 Akten

Außerdem:
FEUERALARME
 Eine tolle Fox-Komödie in 2 Akten

FOX-MAGAZIN
 Schönheiten und Merkwürdigkeiten der Welt

Anfang täglich 4 Uhr

Theater am Wasanplatz
 Heute und folgende Tage
 8 Uhr abends
Die Prinzessin vom Nil
 Operettenschwank in 3 Akten
 von Landsberger und Corneliu
 Musik von Victor Hollaender

Radeberger Pilsner
Felsenkeller Lager
 liefert frei ins Haus
Paul Müller
 Flaschenbierhdlg.
 Copitz
 Telephone 652

Tymians Täglich
Das Thalla- 8 Uhr
 einzige Theater
 wirkliche Theater
Volkstheater Dresdens
 Vorzugskarten außer Sonntags gültig

Ich bringe, solange
 Vorrat, ein äußerst
 günst. Angebot in
 wie bekannt erstkl.

Schuhwaren
 Besonders preiswerte

Spangenschuhe, braun u. schwarz 9.75, 6.90, 5.90
Rindlederne Schultiefel Größe 31—35 nur 5.00
Weisse Kinderstiefelchen von 1.50 an
Turnschuhe, grau, braun und weiß **spottbillig**
 Sport-, Arbeits-, Schaff-, Herren- u. Damenstiefel. **Malerische** (jetzt **bedeutend billiger**)
Filzwaren eingetroffen!
Kinderfilzstiefel von 1.60 an, mit starker Ledersohle 2.50, 2.00

Kliemann's Schuh-Haus
 Dresden-Königschachwitz, Bahnhofstr. 23

Leeres
 oder einach möbliertes
Zimmer
 in Dresden bis 1. Oktober
 von Ossanen zu mieten
 gesucht. Angebote unter
 E. W. 4043 an die Ge-
 schäftsstelle d. Blattes.

Schlafstelle
 oder **Zimmer**
 gesucht für sofort oder
 später in Neustadt-Ost.
 Off. unter R. M. an die
 Expedition d. Blattes.

Adolf Kirch
 Herren- Maß- und
 Konfektions-
 Anzüge

Wäsche
 Berufskleidung
 Schuhwaren

Dresden-A.
 Georgplatz 9 / Tel. 12410

Lindenhof — Heidenau
 Freitag, den 18. September
gr. Schlachtfest
 ab 10 Uhr Weißfleisch
 abends diverse Schlachtgerichte
 Musikalische Unterhaltung
 Es ladet freundlichst ein
 Richard Sandrod u. Frau

Kaiserhof-Lichtspiele
 RADEBERG
 Freitag u. Sonnabend Anfang 7,7 u. 7,8 Uhr
Der Film des schaffenden Volkes
SCHMIEDE
 Regie: Martin Berger
 Arbeiter, Angestellte, Beamte!
 Der Film zeigt immer dem gleichen Gegenstande stehen,
 was die Kinos auch an Filmen für Arbeiter und nationa-
 listischer Einstellung, welche den landwirtschaftlichen Ver-
 hältnissen widersprechen, möglich bieten.
 Erachtet Euch das Kino zur Propa-
 ganda für eure Bewegung!
 Der Film erscheint mit Zustimmung des ADGB, des
 AFA-Ruders und des Zentral-Bildungsvereins

Werbt Leser für die
Arbeiterstimme

Volkshaus Pirna
 Heute Donnerstag, den 17. September
großes Schlachtfest
 Von früh 9 Uhr an Weißfleisch und Leberwürste. Verkauf auch über
 die Straße. Bratwurst und Gauertraut. Münchner Schlachthof.
 Es ladet freundlichst ein
 Otto Kobl und Frau

Scharfenberg
 Eisen- und manganreiche Stahlquelle
 Deutschlands.

Ratskeller
 hält sich zur Einkaufs bestens empfohlen
 Preiswerter Mittagsisch. Fremdenzimmer.
Richard Reichelt.

ZEISS
Punktal-Gläser

Otto Reuscher
 Staatl. gepr. Optiker - Pirna - Fernspr. 681
 Lieferant amtlicher Krankenkassen

Bautzen! **Bautzen!**

Großes Lager
Herren- und Burschen-Anzüge
 Sonntags- u. Arbeitshosen, Kord- u. Man-
 chester-Anzüge, Gummimäntel, Windjacken
 Schuhe und Stiefel in allen Größen verkauft billig.
H. Gedlich, Nordstraße 7

PEUVAG
 Herstellung
 sämtlicher
 Vereins-
 Geldscheine-
 Propaganda-
 Drucksachen
 in modernster
 u. sauberster
 Ausführung

Raucht 3-Pf.-Zigarette „Sieg“
 Besonders zu empfehlen: „Egypter“ 5 Pf.
 Zigarettenfabrik „Türkenperle“, Dresden

Aus rein orientalischem Tabak, in Qualität unübertroffen